



Merkblatt für die Abgabe einer Tariftreueerklärung nach dem rheinland-pfälzischen Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) vom 1. Dezember 2010 (GVBl. 2010, Nr. 20, S. 426 ff. vom 13. Dezember 2010)

Das Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20.000 Euro nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei Angebotsabgabe schriftlich eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen.

Das Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärungen unterstützen.

1. Welche Unternehmen müssen eine Tariftreueerklärung abgeben?

a) Nach § 4 Abs. 1 LTTG müssen sich Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst werden, zur Tariftreue verpflichten. Öffentliche Aufträge werden derzeit vom AEntG umfasst, wenn die Art der ausgeschriebenen Leistungen in folgende Branchenbereiche fällt:

- das Bauhauptgewerbe oder Baunebengewerbe im Sinne der Baubetriebe-Verordnung vom 28. Oktober 1980 (BGBl. I S. 2033), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854), in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes (In folgenden Bereichen des Bauhauptgewerbes und des Baunebengewerbes gelten derzeit Entgeltregelungen nach dem AEntG:

- Baugewerbe
- Dachdeckerhandwerk
- Maler- und Lackiererhandwerk
- Elektrohandwerk

- Gerüstbauerhandwerk
- Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk)
- den Bereich Gebäudereinigung,
- den Bereich Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- den Bereich Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- den Bereich der Fleischwirtschaft,
- den Bereich Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,
- den Bereich der Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- den Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaus,
- den Bereich der Textil- und Bekleidungsindustrie,
- den Bereich Friseurhandwerk.

Voraussetzung ist jedoch, dass der Betrieb *überwiegend* in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Arbeitnehmer im jeweiligen Kalenderjahr – bezogen auf die Gesamtarbeitszeit – zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen im Zusammenhang stehen. Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten ist auf § 6 AEntG zu verweisen.

Möglich ist es auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrages nur ein Teil der Arbeitnehmer des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Arbeitnehmer verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach der jeweils geltenden Landesverordnung zur Festsetzung des Mindestentgelts nach § 3 Abs. 2 Satz 3 des Landestariftreuegesetzes zu zahlende Entgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen und Änderungen des Mindestentgelts aufgrund Rechtsverordnung der Landesregierung nach § 3 Abs. 2 Satz 3 LTTG während der Ausführungslaufzeit gegenüber den Beschäftigten nachzuvollziehen (§ 3 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. Abs. 2 Satz 3 LTTG). Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende und wenn ein Bie-

ter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von dort beschäftigten Arbeitnehmern auszuführen. Die Abgabe einer Mindestentgelterklärung kann auch dann nicht gefordert werden, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmer mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

Unternehmen, die vollständig oder teilweise vom AEntG umfasst werden, können zur Abgabe der Tariftreueerklärung die „*Mustererklärung 1*“ verwenden.

- b) Nach § 4 Abs. 3 LTTG müssen sich Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bewerben, zur Tariftreue verpflichten.

Betroffene Unternehmen können zur Abgabe der Tariftreueerklärung die „*Mustererklärung 2*“ verwenden.

2. Welche Unternehmen müssen eine Mindestentgelterklärung abgeben?

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 3 Abs. 1 LTTG verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 3 Abs. 2 Satz 3 LTTG zu zahlende Entgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen und somit auch Änderungen des Mindestentgelts aufgrund Rechtsverordnung der Landesregierung nach § 3 Abs. 2 Satz 3 LTTG während der Ausführungslaufzeit gegenüber den Beschäftigten nachzuvollziehen (§ 3 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. Abs. 2 Satz 3 LTTG). Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende und wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von dort beschäftigten Arbeitnehmern auszuführen.

Hiervon betroffene Unternehmen können zur Abgabe der Mindestentgelterklärung die „*Mustererklärung 3*“ verwenden.

3. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt auch für Nachunternehmer bzw. für eingesetzte Leiharbeitnehmer?

§ 5 Abs. 2 LTTG verpflichtet die Bieter/Bewerber, Mindestentgelt- und Tariftreueerklärungen auch für Nachunternehmer, deren Nachunternehmen und Beschäftigte eines Verleihers vorzulegen und die Erfüllung der sich hieraus ergebenden Verpflichtungen

sicherzustellen. Insbesondere ist Bieter/Bewerber verpflichtet, die Kalkulationen der Nachunternehmer daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis der anzuwendenden Tarife bzw. des Mindestentgeltes kalkuliert sein können.

Die Abgabe einer Mindestentgelterklärung kann allerdings nicht gefordert werden, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

4. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt für jeden öffentlichen Auftrag?

- a) § 2 LTTG beschränkt den Anwendungsbereich auf öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20.000,00 €. Bei der Schätzung des Auftragswertes gilt § 3 Abs. 1 Vergabeverordnung (VgV). Danach ist von der geschätzten Gesamtvergütung für die vorgesehene Leistung einschließlich etwaiger Prämien oder Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind alle Optionen oder etwaige Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen.
- b) Beim Einsatz von Nachunternehmern oder Beschäftigten eines Verleihers durch den Auftragnehmer oder Nachunternehmer kann der öffentliche Auftraggeber auf die Vorlage von Tariftreue- bzw. Mindestentgelterklärungen verzichten, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmers oder Verleihers weniger als 10.000,00 Euro beträgt. Dieser Verzicht tritt jedoch nicht kraft Gesetzes ein, sondern bedarf einer gesonderten Erklärung des Auftraggebers.

5. An welche tariflichen Regelungen im Rahmen des LTTG ist mein Unternehmen gebunden?

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z.B. folgender Seite der Bundeszollverwaltung entnehmen:

http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn_Lohnuntergrenze/mindestlohn_lohnuntergrenze_node.html

Die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bezieht sich auf einschlägige und repräsentative, mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarte Tarifverträge. Diese werden vom öffentlichen Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrages benannt. Die Liste wird vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie als Verwaltungsvorschrift im Ministerialblatt der

Landesregierung von Rheinland-Pfalz veröffentlicht und von der Servicestelle im Internet zur Verfügung gestellt.

Beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung wird ab dem 01.03.2011 eine Servicestelle eingerichtet, die über das Landestarifreuegesetz informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Auf der Internetseite der Servicestelle können weitere Informationen entnommen werden:

<http://www.lsjv.rlp.de/arbeit-und-qualifizierung/landestarifreuegesetz-lttg/>

6. Was geschieht, wenn keine Tariftreueerklärung bzw. Mindestentgelterklärung abgegeben wird?

- a) § 4 Abs. 6 LTTG ordnet an, dass dann, wenn die Tariftreueerklärung bei Angebotsabgabe fehlt und sie auch nach Aufforderung nicht vorgelegt wird, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist.
- b) § 3 Abs. 1 LTTG ordnet an, dass dann, wenn die Mindestentgelterklärung bei Angebotsabgabe fehlt und sie auch nach Aufforderung nicht vorgelegt wird, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist.

Herausgeber:

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

– Servicestelle LTTG –

Postfach

54229 Trier

Telefon 0651 1447-244

Telefax 0651 1447-14244

servicestelle-LTTG@lsjv.rlp.de

www.lsjv.rlp.de

Stand: 01.01.2015